

Der Mangel an politischem Willen bei der Regierung ist umso unverständlicher, als der Souverän sich gerade für die Fertigstellung des Autobahnnetzes ausgesprochen hat: So wurden letzten April die autobahnfeindlichen Initiativen von allen Kantonen und von zwei Dritteln der Abstimmenden verworfen.

Die unterzeichnenden Nationalräte der Kantone Waadt, Freiburg und Neuenburg – wo der Bevölkerungsanteil, der die autobahnfeindlichen Initiativen verwarf, 80% der Stimmen überstieg – laden den Bundesrat ein, seine Haltung zum Bau der N 1 zwischen Avenches und Yverdon und der N 5 zwischen der waadtländischen Grenze und Boudry klar darzulegen. Hat der Bundesrat die Absicht, Kredite bereitzustellen, damit diese Autobahnteilstücke vor dem Jahr 2000 befahren werden können? Hält er es für angemessen, zum Beispiel dem Kanton Waadt jährliche Kredittranchen zwischen 100 und 150 Millionen zu gewähren, damit es möglich ist, das Teilstück Faoug-Estavayer auf Ende 1996 und die Teilstücke Estavayer-Yverdon und Boudry-Grandson auf Ende 2000 in Betrieb zu nehmen? Könnte die Regierung auch ihre genauen Absichten in bezug auf die Realisierung der anderen Autobahnteilstücke darlegen, die vom Souverän in der letzten Abstimmung gutgeheissen wurden?

Mitunterzeichner: Aguet, Berger, Borel, Cevey, Déglyse, Dubois, Frey Claude, Friderici, Guinand, Jeanneret, Leuba, Martin Paul-René, Massy, Matthey, Meizoz, Perey, Philippon, Rohrbasser, Ruffy, Savary-Freiburg, Savary-Waadt, Zbinden Paul

(22)

1990 5. Oktober: Diskussion verschoben.

525/91.3170 M Pidoux – Neuordnung der direkten Bundessteuer (12. Juni 1991)

Der Bundesrat wird beauftragt, aufgrund der heutigen Situation und der vorgegebenen Fristen den eidgenössischen Räten einen Entwurf für eine Neuordnung der direkten Bundessteuer vorzulegen.

Mitunterzeichner: Caccia, Hösli, Jeanneret, Leuba, Stucky (5)

526/91.3210 P Pini – Diplomatische Beziehungen mit dem Vatikan (19. Juni 1991)

Der Grundsatz der Universalität, von dem sich die Schweiz in ihren Beziehungen zu andern Staaten leiten lässt, gebietet es unserem Land, auch beim Vatikan eine diplomatische Vertretung zu unterhalten. Ich ersuche darum den Bundesrat, die Möglichkeiten zu einer Normalisierung unserer diplomatischen Beziehungen mit dem Kirchenstaat zu prüfen und die damit zusammenhängenden politischen und rechtlichen Aspekte abzuklären. Mit einer Normalisierung der Beziehungen könnte insbesondere die Anomalie beseitigt werden, welche die Einseitigkeit der Beziehungen heute darstellt.

527/91.3214 P Pini – Rehabilitierung der schweizerischen Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg (20. Juni 1991)

Unter Bezugnahme auf die bereits früher eingereichten parlamentarischen Vorstöße zur Rehabilitierung der Schweizer, die 1936 im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der demokratisch gebildeten republikanischen Regierung gekämpft haben, lade ich den Bundesrat ein, diesen Mitbürgern, von denen einige bereits gestorben sind, im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft offiziell die moralische und bürgerliche Würde zurückzugeben.

528/91.3376 P Pini – Armeereform. Berücksichtigung von Studium und Berufsbildung (4. Oktober 1991)

Der Bundesrat wird ersucht, im Rahmen der Armeereform zu prüfen, ob für die jungen Leute während der Militärdienstzeit, im besonderen während der RS, der UOS und der OSF, nicht Kurse zur Berufsbildung und zur akademischen Bildung angeboten werden könnten. Zu diesem Zweck müssten die Kasernen angemessen eingerichtet werden. Die Initiative möchte verhindern, dass die jungen Leute durch den Militärdienst Ausbildungszzeit verlieren.

529/90.500 I Pitteloud – Beitrag an die UNESCO zur Bekämpfung des Analphabetismus (23. März 1990)

Ich stelle dem Bundesrat folgende Fragen:

- Ist er bereit, den von der Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission geforderten Kredit von 20 000 Franken als Ergänzung zum Voranschlag 1990 doch noch zu gewähren, um so einen minimalen Beitrag der Schweiz zum Internationalen Jahr der Alphabetisierung zu leisten?
- Beabsichtigt er, ein nationales Forschungsprogramm zu lancieren, um das Ausmass des Problems zu ermitteln und die sich aufdrängenden Massnahmen auszuarbeiten?
- Ist er bereit, die auf diesem Gebiet tätigen Organisationen (Lire et écrire, Verein Lesen und Schreiben, ATD vierte Welt) zu unterstützen, möglicherweise auch nur mit bescheidenen Beiträgen des Bundesamtes für Kultur?
- Ist er bereit, in diesem Jahr ein Zeichen zu setzen und konkrete Projekte zur Bekämpfung des Analphabetismus zu unterstützen?

Mitunterzeichner: Aguet, Ammann, Antille, Auer, Baerlocher, Baggi, Bär, Bäumlin Ursula, Béguelin, Berger, Bircher Silvio, Bodenmann, Borel, (Braunschweig), Brügger, Caccia, Carobbio, Couchepin, Danuser, Darbellay, Déglyse, Diener, Ducret, Dünki, Etique, Fankhauser, Gardiol, Grassi, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Jeanprêtre, Ledergerber, Leutenegger Oberholzer, Longet, Maeder, Martin Paul-René, Matthey, Mauch Ursula, Meier-Grattfelden, Meizoz, Mühlmann, Petitpierre, Pini, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Rohrbasser, Scheidegger, Schmid, (Segond), Stocker, Ulrich, Vollmer, Weder-Basel, Widmer, Züger, Zwygart (58)

1990 22. Juni: Diskussion verschoben.

1991 28. November: Die Interpellation wird abgeschrieben, da die Urheberin aus dem Rat ausgeschieden ist.

× 530/90.912 I Portmann – Lokalradio-Empfang über Telefon-Rundspruch (5. Dezember 1990)

1. Hält es der Bundesrat für weiterhin vertretbar, den Lokalradios in den Berg- und Randregionen die Aufschaltung auf einen der sechs Telefon-Rundspruch-Kanäle vorzuenthalten,
 - auch wenn die Ausstrahlung über Hochfrequenz deren Versorgungsgebiet nicht abzudecken vermag,
 - auch wenn die örtlichen Telefonzentralen die technischen Vorkehrungen für eine solche Aufschaltung problemlos bewältigen können und
 - auch wenn die PTT-Ortsnetze das Konzessionsgebiet der betreffenden Lokalradios durchaus abgrenzen können?
2. Wie sieht der Bundesrat im Licht der zukünftigen technischen Entwicklung im Rundfunkbereich (Digital-Rundfunk) das Zusammenwirken zwischen Departement, PTT und Lokalradios?

1991 22. März: Diskussion verschoben.

1991 28. November: Die Interpellation wird abgeschrieben, da der Urheber aus dem Rat ausgeschieden ist.

× 531/89.706 P Rebeaud – Nationaler Dienst zugunsten der Öffentlichkeit (27. November 1989)

Der Bundesrat wird ersucht, eine Untersuchung über die Ausgestaltung eines Nationalen Dienstes zugunsten der Öffentlichkeit, der den gegenwärtigen Militärdienst ersetzen soll, zu veranlassen und einen Bericht über die Ergebnisse dieser Untersuchung herauszugeben.

Der Nationale Dienst zugunsten der Öffentlichkeit sollte für jeden Volljährigen Schweizer Bürger obligatorisch sein und für alle gleich lang dauern wie der gegenwärtige Militärdienst. Dieser Dienst darf den Staat nicht mehr kosten als unsere gegenwärtige Armee.

In Friedenszeiten sollen diesem Dienst ausschliesslich zivile Aufgaben übertragen werden: Katastrophenhilfe, Auslandhilfe, Unterstützung von Institutionen im Dienste der Öffentlichkeit, denen es an einheimischen Hilfskräften mangelt (Spitäler, Betreuung älterer Menschen oder Behindter, öffentliche Verkehrsmittel, Pflege der Wälder und der Naturdenkmäler u. a.). Ein Teil der Dienstzeit soll für ein minimales Programm zur Vorbereitung auf einen Krieg verwendet werden, welches die Handhabung der persönlichen Waffe, Ortskampfübungen, Überlebensübungen und andere umfasst. Dienstverweigerer aus Gewissensgründen sollen von der Absolvierung dieses militärischen Teils dispensiert werden, ohne dass sich dadurch ihr Dienstzeit verkürzt.